



BÜRGER IN WUT (BIW)

Programm für die Bürgerschaftswahl 2019

Stand: März 2019

Inhalt

1.	Politik und Demokratie im Land Bremen.....	2
2.	Innere Sicherheit	4
2.1	Verbrechensbekämpfung	4
2.2	Strafrecht und Justiz.....	7
3.	Bildung.....	8
4.	Familie, Jugend und Senioren.....	10
5.	Wirtschaft und Beschäftigung	12
6.	Finanzpolitik	15
7.	Bauen und Wohnen.....	17
8.	Verkehrspolitik	18
9.	Umwelt und Tierschutz.....	20

1. Politik und Demokratie im Land Bremen

Seit mehr als sechs Jahrzehnten wird die Politik in Bremen maßgeblich von der SPD bestimmt. In dieser langen Ära ist in Bremen ein dichtes Netz von Filz, politischen Seilschaften und Vetternwirtschaft entstanden, in das auch die öffentliche Verwaltung, Justiz, Medien, Verbände und Lobbygruppen eingebunden sind. Jeder kennt jeden an der Weser. Man unterstützt sich zum gegenseitigen Vorteil und zur Sicherung von Macht und Einfluss.

Auf der politischen Ebene gehören dem „Bremer System“ aber nicht nur die Sozialdemokraten, sondern alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien an. Trotz der nach außen zur Schau getragenen Differenzen bilden sie eine eingeschworene Gemeinschaft, die Posten und Pfründe untereinander aufteilt. Inhaltliche Unterschiede sind kaum noch erkennbar, ihre Parteiprogramme weitgehend austauschbar. Auch die Linkspartei ist längst zu einem Teil des politischen Establishments geworden und strebt in der kommenden Legislaturperiode sogar eine Regierungsbeteiligung im Land Bremen an.

Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht – nirgends in Deutschland trifft dieser Vorwurf des renommierten Politikwissenschaftlers Professor Hans Herbert von Arnim mehr zu als im kleinen Bundesland Bremen.

Vor diesem Hintergrund sind durchgreifende politische Veränderungen nur möglich, wenn es gelingt, das „Bremer System“ aufzubrechen. Das kann nur eine politische Kraft wie BÜRGER IN WUT (BIW) schaffen, die nicht Teil des politischen Beziehungsgeflechtes in Bremen ist und zugleich voll auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht. Wir BIW wollen den Einfluss der Parteien in Bremen zurückdrängen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung stärken. Unser Ziel ist eine aktive Basisdemokratie in Bremen, die den mündigen Bürger in den Mittelpunkt stellt und in die Gestaltung der Bremer Politik einbindet – durch Transparenz und Mitentscheidung.

Mit knapp 700.000 Einwohnern ist Bremen das mit Abstand kleinste Bundesland in Deutschland. Die politische Selbständigkeit Bremens bringt für die Bürgerinnen und Bürgern der Hansestadt manche Vorteile, aber auch zahlreiche Nachteile mit sich. Weil ein eigenes Umland fehlt, sind der wirtschaftlichen Expansion und dem Ausbau der Infrastruktur Grenzen gesetzt. Wenn es darum geht, wichtige Projekte umzusetzen, ist Bremen nicht selten vom Wohlwollen Niedersachsens abhängig. Gleichzeitig ist die Selbständigkeit Bremens mit hohen Kosten verbunden, die z.B. für den Senat, die Bürgerschaft und die Landesverwaltung anfallen.

Das Bundesland Bremen besteht aus den Städten Bremen und Bremerhaven, die umgeben von niedersächsischem Gebiet etwa 60 Kilometer voneinander entfernt sind. Schon wegen dieser geographischen Distanz kann sich ein echtes Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Einwohnern dieser beiden Kommunen nur schwer entwickeln. Vor allem in Bremerhaven fühlen sich viele Menschen stärker mit Niedersachsen als mit Bremen verbunden.

Wir BÜRGER IN WUT setzen uns deshalb für eine offene und ehrliche Diskussion über die Zukunft der Freien Hansestadt Bremen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ein. Dabei müssen alle Fakten auf den Tisch. Die Furcht der politischen und wirtschaftlichen Eliten an der Weser, bei einem Ende des Bundeslandes Bremen Macht und Pfründe zu verlie-

ren, darf in dieser wichtigen Frage nicht den Ausschlag geben. Im Vordergrund muss vielmehr das Wohl der Menschen in Bremen und Bremerhaven stehen.

Das wollen wir BÜRGER IN WUT:

- a) **Volksentscheid über die Zukunft des Bundeslandes Bremen:** Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbst über die Frage entscheiden, ob die Freie Hansestadt Bremen als ein eigenständiger Stadtstaat erhalten bleiben oder mit einem bzw. mehreren Bundesländern fusionieren soll. Dieser Volksabstimmung muss eine breite öffentliche Diskussion über die Vor- und Nachteile der Selbständigkeit Bremens und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Zukunft vorausgehen.
- b) Die Bürgerschaft ist zu verkleinern. In keinem Bundesland ist die Abgeordnetendichte so hoch wie im stark verschuldeten Bremen. **Wir wollen die Zahl der Landtagsmandate auf 50 verringern**, was in jeder Legislaturperiode Einsparungen von mehreren Millionen Euro mit sich brächte. Die Zahl der Parlamentarier pro Hunderttausend Einwohner wäre in der Freien Hansestadt Bremen dann immer noch größer als in den Stadtstaaten Hamburg oder Berlin.
- c) Verbot von bezahlten Nebentätigkeiten für die Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, um ein Höchstmaß an Unabhängigkeit der Abgeordneten in ihren politischen Entscheidungen zu gewährleisten und den Einfluss von Lobbyisten zurückzudrängen.
- d) Mehr Kompetenzen für die Beiräte in den Stadtteilen Bremens. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der unteren politischen Ebene in Bremen sind zu erweitern. Die Zahl der heute 22 Beiräte ist durch Zusammenlegungen zu verkleinern. Dadurch werden Kosten gespart und die Effizienz der demokratischen Interessenvertretung auf lokaler Ebene erhöht.
- e) Schluss mit der Parteibuchwirtschaft und dem Postengeschacher in Bremen und Bremerhaven! Bei der Besetzung von Führungspositionen in der Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen dürfen nicht die Parteizugehörigkeit, sondern ausschließlich Qualifikation und Kompetenz der Bewerber den Ausschlag geben.
- f) Aktive Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung auf den unteren Ebenen unseres demokratischen Gemeinwesens, z.B. im Rahmen von Bürgerversammlungen und Bürgerwerkstätten. Wir wollen ein öffentliches Vorschlagswesen in Bremen und Bremerhaven, damit die Menschen auf Probleme vor Ort hinweisen und konkrete Lösungsvorschläge einbringen können. Die Chance zu mehr Partizipation stärkt die Identifikation des Einzelnen mit unserer Demokratie und wirkt der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegen.
- g) Mehr Personal in den Bürgerbüros, um eine zeitnahe Bearbeitung von Anträgen zu gewährleisten und die Wartezeiten für Besucher auf ein vertretbares Maß zu reduzieren. Die Möglichkeit, Behördengänge über das Internet zu erledigen, muss erweitert werden (elektronisches Rathaus). Wir wollen den Servicegedanke der Bremer Verwaltung zugunsten von mehr Bürgernähe fördern und weiterentwickeln.

- h) Antitotalitärer Konsens in Bremen, der sich gegen jede Form von politischem und religiösem Extremismus gleichermaßen richtet. Die Verharmlosung des Linksradikalismus durch den rot-grünen Senat muss ein Ende haben.

In den notwendigen Dialog der Bremer Politik mit dem Islam dürfen nur muslimische Vereinigungen einbezogen werden, die nachweislich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Islamistische und salafistische Bestrebungen sind mit allen dem Rechtsstaat zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

2. Innere Sicherheit

2.1 Verbrechensbekämpfung

Mit fast 12.000 Straftaten auf 100.000 Einwohner (2017) liegt die Kriminalität im Land Bremen deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Weniger als die Hälfte der Straftaten wird aufgeklärt. Die Alltags- und Gewaltkriminalität hat bedrohliche Ausmaße angenommen, was in der Bevölkerung erhebliche Besorgnis auslöst. **Bremen und Bremerhaven sind nicht sicher!**

Für BÜRGER IN WUT ist Sicherheit ein Grundrecht, das der Staat zu gewährleisten hat, damit die Bürger ihre Freiheiten wahrnehmen können. Wir machen uns deshalb für den Kampf gegen Kriminalität stark. Unser Motto lautet: **Null Toleranz für Rechtsbrecher!** Auch bei kleineren Gesetzesverstößen muss der Staat konsequent einschreiten und die Täter rasch zur Verantwortung ziehen, damit kriminelle Karrieren erst gar nicht entstehen können. Wir wollen Bremen sicher machen – im Interesse aller Menschen, die rechtstreu in unserem Land leben!

Mehr Sicherheit im Land Bremen ist nur mit einer schlagkräftigen, motivierten Polizei möglich, die über ausreichend Personal und eine moderne Ausrüstung verfügt. Weil diese Voraussetzungen nicht mehr in ausreichendem Maße gegeben sind, ist unsere Polizei kaum noch in der Lage, den ständig wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Der Grund dafür sind umfangreiche Sparmaßnahmen bei der Inneren Sicherheit in den letzten zwei Jahrzehnten, für die SPD, CDU und Grüne gleichermaßen verantwortlich sind!

Wir BÜRGER IN WUT wollen Bremen wieder sicher machen – im Interesse aller Menschen, die rechtstreu in unserem Land leben!

Dafür setzen wir BÜRGER IN WUT uns ein:

- a) Wir lehnen die Polizeireform von 2017 ab und wollen die Rückkehr zu dezentralen stadtteilbezogenen Revierstruktur. Alle **Polizeireviere** sind wieder rund um die Uhr zu öffnen. Außerdem wollen wir mobile Polizeiwachen, die rasch und flexibel in Wohnquartieren mit hoher Kriminalitätsbelastung eingesetzt werden.
- b) Schrittweise Aufstockung des Personalbestandes der Polizei auf 3.000 Beamte in Bremen und 550 in Bremerhaven. Um dieses Ziel unter Berücksichtigung der laufenden Personalabgänge zu erreichen, muss jedes Jahr eine ausreichende Zahl von Nachwuchskräften bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven eingestellt werden.

Zusätzliches Verwaltungspersonal in den Revieren, um die Beamten von administrativen Aufgaben wie Schreibearbeiten zu entlasten. Wir wollen mehr Polizisten auf der Straße zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, und nicht im Büro! Polizeifremde Aufgaben (z.B. Absicherung von Schwertransporten, Verkehrserziehung) sind grundsätzlich an private Dienstleister bzw. ehrenamtliche Helfer (z.B. Sicherheitswacht) zu übertragen.

- c) **Freiwillige Sicherheitswacht** aus dafür geeigneten, zuverlässigen Bürgern nach dem Vorbild Bayerns und Sachsens. Die Sicherheitswacht soll die Polizei bei einfachen hoheitlichen Aufgaben unterstützen, z. B. im Objektschutz, bei der Aufnahme von Verkehrsunfällen, als Begleitung in Bussen und Straßenbahnen oder als Ansprechpartner der Bevölkerung vor Ort. Bürgerstreifen erhöhen die Präsenz des Staates in der Öffentlichkeit und tragen so dazu bei, potenzielle Straftäter abzuschrecken und Verbrechen zu verhindern.
- d) Hartes Vorgehen des Rechtsstaates gegen **kriminelle Angehörige kurdisch-arabischer Clans**, die einen großen Teil des organisierten Verbrechens in Bremen beherrschen. Es darf keine rechtsfreien Räume in unserem Land geben!
- e) Rasche Abschiebung ausländischer Schwerverbrecher und Mehrfachtäter in ihre Herkunftsländer, die spätestens nach dem Ende ihrer Haftzeit erfolgen muss. Soweit rechtlich möglich, sollen abgeurteilte Täter ihre in Deutschland verhängte Freiheitsstrafe ganz oder teilweise im Heimatstaat verbüßen. Eine Wiedereinreise dieser Personen nach Deutschland ist auf Lebenszeit zu untersagen.
- f) Die Bremer Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung der Bandenkriminalität ist aufzustocken, auch durch Beamte aus anderen Bundesländern. Auswärtige Polizisten sind im kriminellen Milieu Bremens unbekannt und können deshalb im Schutz der Anonymität agieren, um kriminelle Strukturen zu bekämpfen. Wir wollen außerdem die rechtlichen Grundlagen für den Einsatz von Polizeibeamten aus anderen Staaten in Deutschland schaffen, um die Infiltration der von ausländischen Tätern beherrschten Organisierten Kriminalität zu erleichtern.
Die Informationsstelle Ethnische Clans (ISTEC) ist als eine eigenständige Ermittlungs- und Auswertungseinheit zu erhalten. Der Personalbestand der ISTEC ist auf mindestens vier Beamte aufzustocken.
- g) **Gewalt gegen Polizeibeamte** darf nicht hingenommen werden! Übergriffe gegen Polizisten und andere Vollstreckungsbeamte z.B. im Justizvollzug, deren Zahl bereits seit Jahren steigt, sind von der Staatsanwaltschaft unnachsichtig zu verfolgen. Das Land Bremen muss sich im Bundesrat für eine Erweiterung des Straftatbestandes „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ einsetzen mit dem Ziel, die Mindestfreiheitsstrafe für schwere Übergriffe von heute 6 auf 12 Monate zu erhöhen. Außerdem wollen wir, dass Polizisten auch außerhalb von Einsätzen wirksam geschützt werden. Angriffe auf Uniformträger sind deshalb generell und auch dann zu bestrafen, wenn die betroffenen Beamten nicht verletzt worden sind. Das Strafgesetzbuch ist entsprechend zu ergänzen.

- h) Stärkung der Kriminalprävention in Bremen, um rechtswidriges Handeln zu verhindern:
- Einsatz der Softwarelösung „Predictive Policing“, mit deren Hilfe Falldaten der Vergangenheit systematisch analysiert werden, um so die Wahrscheinlichkeit künftiger Straftaten zu berechnen und den Polizeieinsatz zu steuern.
 - Mehr **Videoüberwachung** an Kriminalitätsschwerpunkten etwa in Bremen-Nord, um Kriminelle abzuschrecken und die Aufklärung von Straftaten für die Ermittlungsbehörden zu erleichtern.
- i) Bekämpfung der Drogenkriminalität:
- Offene Rauschgiftszenen und Dealertreffpunkte z.B. in der Bremer Neustadt und im Viertel dürfen nicht geduldet werden. Sie sind nicht nur Anlaufpunkte für Erst- und Gelegenheitskonsumenten, sondern auch Brutstätten für szenetypische Delikte.
 - Keine Toleranz gegenüber den „weichen“ Drogen Haschisch und Marihuana. Der Schwellenwert für den straffreien Besitz von Cannabis im Land Bremen ist von heute 15 g auf maximal 2,5 g zu senken. Eine Liberalisierung oder gar Legalisierung dieser Droge darf es nicht geben. Beim Besitz harter Rauschgifte wie Heroin, Kokain oder Ecstasy muss die Strafverfolgung unabhängig von der sichergestellten Menge obligatorisch sein.
 - Drogenabstinenz als politische Leitlinie: Keine staatliche Abgabe von Heroin an Süchtige. Bestehende Methadonprogramme sind schrittweise zurückzufahren und schließlich einzustellen.
- j) Intensive Zusammenarbeit zwischen dem Bremer Landesamt für Verfassungsschutz und der Polizei, um die organisierte Kriminalität effektiv zu bekämpfen, die im Land Bremen aufgrund der starken Präsenz ethnischer Clans besonders ausgeprägt ist.
- k) Besitzer legaler Waffen wie Jäger oder Sportschützen dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt oder vom Staat drangsaliert werden. Eine Waffensteuer lehnen wir ab, die 2012 eingeführte Waffenkontrollgebühr ist wieder abzuschaffen. Der zeitliche Abstand für anlassunabhängige Waffenkontrollen ist zu verlängern, sofern es bei der vorangegangenen Überprüfung im Einzelfall keine Beanstandungen gab. Der Rechtsstaat muss seine Bemühungen darauf konzentrieren, den illegalen Waffenbesitz zu bekämpfen.
- l) Die Kosten für das Tätigwerden der Polizei sind auf die Verursacher abzuwälzen. Das gilt z.B. für Polizeieinsätze zur Sicherung kommerzieller Großveranstaltungen oder zur Auflösung verbotener Demonstrationen. Straftätern sind die Kosten der Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit von Polizei und Justiz in Rechnung zu stellen.
- m) Die Finanzierung der Polizeiarbeit durch Sicherheitskooperationen mit der Wirtschaft wollen wir erleichtern. Die Unabhängigkeit der polizeilichen Arbeit darf aber nicht in Frage gestellt werden.

- n) Der Verschmutzung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen in Bremen ist durch verstärkte Kontrollmaßnahmen und höhere Bußgelder entgegenzuwirken. Wer Gebäude mit Graffiti-Schmierereien verunstaltet, muss bestraft werden.
- o) Ausreisepflichtige Ausländer wie abgelehnte Asylbewerber sind konsequent aus Bremen abzuschicken. Das gilt insbesondere dann, wenn der Betroffene straffällig geworden ist.

2.2 Strafrecht und Justiz

Der nachsichtige Umgang mit Straftätern durch die Bremer Justiz ist für die meisten Bürger nicht mehr nachvollziehbar. Selbst bei schweren Delikten, die sich gegen das Leben oder die körperliche Unversehrtheit anderer Menschen richten, werden oftmals nur milde Sanktionen verhängt, vor allem wenn es sich bei den Tätern um Jugendliche handelt. Auch im bundesweiten Vergleich fällt Bremen durch seine übertrieben liberale Rechtsprechung auf. Dadurch wird das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat beschädigt und die Kriminalprävention geschwächt. Dem stellen wir uns entgegen!

Die Höhe der Strafe muss sich am Schaden für das Opfer und nicht an der persönlichen Situation bzw. den Befindlichkeiten des Täters orientieren. Es hat auch in Bremen der Grundsatz „Opferschutz vor Täterschutz“ zu gelten.

Wir fordern deshalb:

- a) Bekämpfung der **Jugendkriminalität**. Jugendliche Intensivtäter sind – sofern sie nicht im regulären Strafvollzug einsitzen – ausschließlich in geschlossenen Heimen unterzubringen und dort intensivpädagogisch zu betreuen, um die Rückfallquote zu senken. Für uneinsichtige Erst- und Wiederholungstäter soll ein „Warnschussarrest“ möglich sein. Erlebnispädagogische Reisen für schwerkriminelle Jugendliche darf es nicht geben, weil solche Maßnahmen dem erzieherischen Gedanken des Jugendstrafrechts zuwiderlaufen.
- b) Einsatz der **elektronischen Fußfessel** als Sanktionsinstrument bei Wirtschaftsstraftätern zur Vermeidung von Untersuchungshaft, zur verbesserten Kontrolle in der Bewährungsaufsicht und als Alternative zum Freiheitsentzug bei Geldstrafen. Außerdem ist dieses Instrument auch im Land Bremen zu nutzen, um islamistische Gefährder und rückfallgefährdete Sexualstraftäter zu überwachen.
- c) Schlichtungsgesetz für das Land Bremen, um zivilrechtliche Streitigkeiten vermehrt außergerichtlich beizulegen und so die Justiz zu entlasten.
- d) Die vorzeitige Entlassung eines Straftäters nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haftstrafe muss die Ausnahme bleiben. Einen Straferlass darf es nur geben, wenn sich der Häftling sehr gut geführt und aktiv am Vollzugsziel mitgearbeitet hat. Gewalttäter sollen vor Vollzugslockerungen oder ihrer Entlassung aus der Haft an einem Anti-Aggressionstraining teilgenommen haben.

- e) Gründliche Überprüfung von Besuchern und externen Mitarbeitern der JVA, um zu verhindern, dass verbotene Gegenstände wie Waffen, Rauschgift und Handys in die Gefängnisse eingeschmuggelt werden. Neben Sicherheitsschleusen sind Spürhunde einzusetzen. Besucherräume sind mit Trennscheiben auszustatten. Das an die Haftanstalten grenzende Gelände ist laufend zu kontrollieren.
- f) Management und Organisation der Justizvollzugsanstalt sind zu verbessern. Die Ausgaben. Die Ausgaben insbesondere im medizinischen Bereich müssen überprüft werden. Die ärztliche Behandlung der Insassen hat zur Einsparung von Kosten regelmäßig in der Haftanstalt selbst stattzufinden. Häftlinge sollen nur an solchen Gruppensitzungen teilnehmen, die dem Vollzugsziel dienen, einem Gefangenen also helfen, nach seiner Entlassung ein straffreies Leben zu führen. Produkte, die von den Häftlingen in der JVA hergestellt werden, sind professionell zu vermarkten, damit das Land möglichst hohe Einnahmen zur Refinanzierung des Gefängnisbetriebs erwirtschaftet.

3. Bildung

Bremen steckt in der Bildungskrise. Das belegen die Ergebnisse verschiedener Schulleistungsvergleiche der letzten Jahre und Jahrzehnte, bei denen unser Bundesland regelmäßig den letzten Platz belegt. Dafür verantwortlich ist nicht die mangelnde Intelligenz oder Motivation der Schüler, sondern die verfehlte Bildungspolitik der SPD-geführten Landesregierungen, die auf das Konzept der Einheitsschule setzt. Diese Politik ist auch in der laufenden Legislaturperiode unter Rot-Grün unbeirrt fortgesetzt worden. Die gemeinsame Beschulung aller Kinder unabhängig von Begabung und Leistungsfähigkeit sowie die verfehlte Inklusion wirken sich nachteilig auf die Bildungsqualität aus und verschlechtern so die Zukunftsaussichten der jungen Generation.

Als einzige im Landtag vertretene politische Kraft lehnen wir BÜRGER IN WUT die ideologisierte Bildungspolitik des Senats, die auch von den bürgerlichen Oppositionsparteien CDU und FDP weitestgehend mitgetragen wird, klar ab. Wir fordern ein Ende der gescheiterten Bildungsexperimente in Bremen und wollen die Rückkehr zum bewährten gegliederten Schulsystem mit Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Förderschule. Innerhalb dieser Struktur müssen Begabung und Leistung alleinige Kriterien für den individuellen Bildungsaufstieg sein. Durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung ist dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind bei seiner Einschulung dieselben Voraussetzungen mitbringt. Vor allem müssen ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorhanden sein, damit gewährleistet ist, dass jeder Schüler dem Unterricht folgen kann.

Startchancengleichheit statt Gleichmacherei und Leistungsdiskriminierung ist unsere Maxime für ein gerechtes Bildungssystem im Land Bremen!

Wir BÜRGER IN WUT vertreten deshalb folgende Positionen:

- a) Für Kinder im Vorschulalter mit Defiziten in der deutschen Sprache oder den kognitiven Fähigkeiten soll eine **Kindergartenpflicht** eingeführt werden. Um vorhandene Mängel festzustellen, ist jedes Kind bei Vollendung des dritten Lebensjahres einem al-

tersgerechten Test zu unterziehen. Für Kinder mit Förderbedarf, die aus sozial schwachen Familien kommen, soll der Kindergartenbesuch kostenlos sein.

Der Cito-Sprachtest ein Jahr vor der Einschulung ist als ein zusätzliches Instrument beizubehalten, um noch vorhandene Entwicklungsrückstände festzustellen. Der Testaufbau von Cito, der in seiner jetzigen Form viele Kinder überfordert, muss überarbeitet werden.

- b) Rückkehr zum **gegliederten Schulsystem** in Bremen bestehend aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium, ergänzt um Förderschulen. Die Oberschulen als zentrales Element des Einheitsschulsystems sind aufzulösen.
Über die Anwahl der weiterführenden Schule sollen allein Leistung und Begabung eines Kindes entscheiden. Um objektiv zu ermitteln, welcher Bildungsweg für den einzelnen Schüler geeignet ist, wollen wir ein standardisiertes Auswahlverfahren am Ende der Grundschulzeit einführen.
- c) Die Grundschule dauert vier Jahre. Die Einschulung erfolgt mit Erreichen des sechsten Lebensjahres. Rückstellungen müssen die unbedingte Ausnahme bleiben. Die Benotung der Schüler erfolgt spätestens ab der dritten Klasse. Wir befürworten Kopfnoten für Mitarbeit, Betragen und soziales Verhalten.
- d) Die inklusive Beschulung von Kindern mit Defiziten und Störungen im Bereich Lernen, Sprache oder Verhalten (LSV) im Regelunterricht lehnen wir ab. Kinder mit körperlichen Behinderungen sollen vorzugsweise an Förderschulen unterrichtet werden, damit sie ihre Potentiale gestützt auf die dort konzentriert vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen voll zur Entfaltung bringen können.
- e) Die **Klassenstärken** sind insbesondere an den Grundschulen auf eine Zielgröße von 15-20 Kindern zu verkleinern. Gymnasialklassen dürfen nach dem Vorbild der Oberschulen in Bremen maximal 25 Schüler umfassen. Um die Betreuungsintensität zu erhöhen, sind die Lehrer im Unterricht durch pädagogisch geschulte Hilfskräfte zu unterstützen.
- f) **Klassenwiederholungen** („Sitzenbleiben“) sind an Bremens Schulen wieder einzuführen. Der Verzicht auf dieses Sanktionsinstrument senkt Motivation und Leistungsbereitschaft, was sich insgesamt nachteilig auf die Bildungsqualität auswirkt.
- g) Die Schulpflicht muss konsequent durchgesetzt werden. Schulverweigerung darf vom Staat nicht toleriert werden. Notwendig sind deshalb höhere Ordnungsgelder für Eltern schulschwänzender Kinder, die ihre Erziehungspflicht vernachlässigen. In schweren Fällen ist das Sorgerecht vom Jugendamt zu entziehen.
- h) **Einheitliche Schulkleidung** im Land Bremen, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kinder und Jugendlichen untereinander zu stärken. Außerdem wird so vermieden, dass Schüler, die sich keine teure Markenkleidung leisten können, in der Klassengemeinschaft ausgegrenzt werden.

- i) Die Lehrmittelfreiheit im Land Bremen muss erhalten bleiben. Für Kinder aus einkommensschwachen Familien ist an Ganztagschulen ein preiswertes Mittagessen anzubieten.
- j) Schulen in freier Trägerschaft dürfen gegenüber staatlichen Schulen nicht benachteiligt werden.
- k) Das **Erststudium** an Bremens Hochschulen muss gebührenfrei bleiben. Kosten dürfen nur bei einer deutlichen Überschreitung der Regelstudienzeit und für ausländische Studierende anfallen. Um eine möglichst hohe Qualität der Studienanfänger zu sichern und die Abbrecherquote zu senken, wollen wir Aufnahmeprüfungen an allen Fakultäten einführen.
- l) Das Bildungssystem muss jeden Menschen dabei unterstützen, seine Anlagen optimal zu entfalten. Das gilt nicht nur für leistungsschwache, sondern auch für hochbegabte Schüler. Sie dürfen nicht länger im schulischen Massenbetrieb untergehen, sondern müssen als Bildungseliten systematisch gefördert werden. Wir wollen ein Gymnasium für hochbegabte Schüler im Land Bremen.
Gleichzeitig müssen lernschwache Kinder an den Schulen besser unterstützt werden. Für diese Zielgruppe soll es flächendeckende Angebote wie fachbezogene Förderstunden ergänzend zum regulären Unterricht und eine Hausaufgabenhilfe geben, eingebettet in eine Ganztagsbetreuung.
- m) Ehrenamtliches Netzwerk für **Lern- und Lesepatenschaften** im Land Bremen, um leistungsschwache Schüler zu fördern. Jeder Pate betreut ein bis zwei Kinder, die er bei ihrer schulischen Entwicklung unterstützt, indem er sie z.B. bei den Hausaufgaben, beim Lernen oder der Nachbereitung des Unterrichtsstoffes begleitet. Bei Schülern mit Migrationshintergrund unterstützen die Paten ihre Schützlinge beim Erwerb der deutschen Sprache und leisten weitere Integrationshilfen. Darüber hinaus sollen sie die Eltern der von ihnen betreuten Kinder und Jugendlichen in Bildungsfragen beraten und als Bindeglied zur Schule fungieren (Elternlotsen).
- n) Mehr Sicherheit für Schüler und Lehrer. Gewalt und Mobbing dürfen an unseren Schulen keinen Platz haben. Um Vorfälle dieser Art lückenlos zu erfassen, ist eine Meldepflicht einzuführen. Zum Schutz der Opfer sind die Täter konsequent von der Schule zu verweisen und an Förderschulen für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche unterzubringen, wo sie ein Anti-Aggressions- bzw. Sozialtraining zu absolvieren haben. Ein störungsfreier Unterrichtsbetrieb im Interesse der lernwilligen Schüler ist unbedingt zu gewährleisten.
Wir befürworten stichprobenartige Eingangskontrollen an den Schulen, um das Einschleusen von Waffen und anderen gefährlichen Gegenstände zu verhindern.

4. Familie, Jugend und Senioren

Die Förderung von Familien muss auch im Land Bremen eine der zentralen Zukunftsaufgaben für die Politik sein. Gerade junge Menschen sollen ermutigt werden, eine Familie zu gründen. Diese Notwendigkeit ergibt sich bereits aus der demographischen Entwicklung und dem dar-

aus resultierenden Bevölkerungsrückgang, mit dem auch das Land Bremen konfrontiert sein wird.

Die BIW machen sich für eine familienfreundliche Politik im Land Bremen stark, die sich vor allem dem Schutz und der Förderung von Kindern und Jugendlichen verpflichtet sieht.

- a) Bessere personelle Ausstattung von Kindertagesstätten, um die Betreuungsdichte zu verbessern. Es ist eine Relation von einer Erzieherin auf acht Kinder anzustreben. Um diese Zielgröße zu erreichen und die Kosten in vertretbarem Rahmen zu halten, sind den hauptamtlichen Erzieherinnen pädagogisch geschulte Hilfskräfte zur Seite zu stellen. Wir wollen verlängerte Öffnungszeiten ausgewählter Kindergärten in den Ferienzeiten, um berufstätige Eltern zu entlasten. Private und kirchliche Kindergärten in Selbstverwaltung sind vom Staat gleichberechtigt neben öffentlichen Kindertagesstätten zu fördern.
- b) Der Staat muss Kinder durch geeignete Maßnahmen wirksam davor schützen, von ihren Eltern vernachlässigt oder misshandelt zu werden. Richtschnur für das Handeln der Behörden muss stets das Kindeswohl sein. Wir wollen:
 - Regelmäßige, verbindliche Vorsorgeuntersuchungen im Säuglings- und Kindesalter, um mögliche Gewalteinwirkungen frühzeitig feststellen zu können.
 - Kinder alkohol- und drogenabhängiger Eltern sind zu ihrem Schutz in Heimen oder Pflegefamilien unterzubringen.
 - Mehr Rechte für die Fallbearbeiter des Jugendamtes, um bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung rasch einschreiten zu können.
- c) Bekämpfung des Alkoholkonsums von Kindern und Jugendlichen. Regelmäßiger Einsatz minderjähriger Testkäufer, um die Einhaltung des Verkaufsverbotes von Spirituosen an diese Personengruppe durch den Handel zu kontrollieren. Die Ordnungsgelder, die Ladenbetreibern bei Verstößen gegen das Jugendschutz- und Gaststättengesetz auferlegt werden können, müssen erhöht werden. Wir machen uns für eine Bundratsinitiative der Freien Hansestadt Bremen stark mit dem Ziel, in Deutschland ein generelles Alkoholverbot für Minderjährige durchzusetzen.

Die Präventionsarbeit gegen das Rauchen und den Konsum von Drogen in Schulen und Jugendeinrichtungen des Landes Bremen ist zu verstärken, wobei eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei anzustreben ist. Der Aufklärungsarbeit muss das Leitbild einer drogenfreien Gesellschaft zugrunde liegen.

- d) Der Jugendsport im Land Bremen verdient mehr Unterstützung durch den Senat. Der Schulsport muss eine umfassende motorische Grundausbildung von Kindern und Jugendlichen zum Ziel haben. Die Kooperation zwischen Schulen, Sportvereinen und Freizeiteinrichtungen auf dem Feld des Jugendsports ist zu intensivieren. Schulungsmaßnahmen für ehrenamtliche Jugendübungsleiter müssen stärker gefördert werden. Wir wollen, dass dem Amateur- und Freizeitsport in Bremen kommunale Sportstätten auch in Zukunft kostenlos zur Verfügung stehen.

- e) Die **demokratische Jugendarbeit** ist zu fördern. Es muss aber gewährleistet sein, dass nur solche Organisationen in den Genuss öffentlicher Mittel kommen, die voll auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sich also gegen rechten, linken und religiösen Extremismus gleichermaßen wenden. Keine Mittel für Vereine und Initiativen, die sich nicht klar von radikalen Strömungen abgrenzen oder Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung akzeptieren. Staatliche Fördergelder dürfen nur vergeben werden, wenn der Antragsteller zuvor seine Verfassungstreue schriftlich erklärt hat.
- f) Aktive Seniorenpolitik: Die Zahl der **Senioren** wird infolge der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten auch im Land Bremen deutlich zunehmen. Dieser Herausforderung muss sich die Politik stellen:
- Wir wollen ein ausreichendes und bezahlbares Angebot an Alten- und Pflegeheimen, Seniorenwohnungen und anderen Wohnformen mit ausreichendem Betreuungsangebot für diese Zielgruppe. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf innovative Wohnformen zu legen, die Senioren ein Zusammenleben mit anderen, auch jüngeren Menschen ermöglichen (z.B. Mehrgenerationenhäuser, Seniorengenossenschaften).
 - Regelmäßige und unangemeldete Kontrollen von Alten- und Pflegeeinrichtungen durch die zuständige Wohn- und Betreuungsaufsicht um zu gewährleisten, dass die gesetzlich vorgegebenen Qualitäts- und Hygienestandards eingehalten und Bedürfnisse der Bewohner berücksichtigt werden.
 - Älteren Menschen muss die Möglichkeit eröffnet werden, auch nach der Erwerbs- und Familienphase aktiv zu bleiben. Das ehrenamtliche Engagement von Senioren im Interesse des Gemeinwohls ist zu fördern.

5. Wirtschaft und Beschäftigung

Die aktuell positive Wirtschaftsentwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Bremen und Bremerhaven im Vergleich zu anderen Großstädten in Deutschland eine deutlich geringere Wertschöpfung je Einwohner erzielen. Die relative Wirtschaftsschwäche spiegelt sich auch in der hohen Erwerbslosigkeit wider, die über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. In den alten Bundesländern belegt Bremen einen traurigen Spitzenplatz bei der Zahl von Langzeitarbeitslosen und Sozialleistungsempfängern.

Bremen ist zweitgrößter Außenhandelsstandort in Deutschland und deshalb besonders stark vom Weltmarkt abhängig. Globale Wirtschaftskrisen und damit verbunden ein Rückgang des internationalen Warenverkehrs treffen die Hansestadt besonders hart. Für die Zukunft kommt es deshalb darauf an, die Ausrichtung der bremischen Wirtschaft auf den Welthandel zu verringern und exportunabhängige Sektoren zu fördern. Dazu gehört neben Wissenschaft, Forschung und Entwicklung vor allem die Tourismusbranche.

Ziel der Wirtschaftspolitik muss es sein, die Konkurrenzfähigkeit Bremens im Wettbewerb mit anderen Standorten im In- und Ausland nicht nur zu erhalten, sondern systematisch und strategisch orientiert auszubauen.

Wir BÜRGER IN WUT fordern:

- a) Professionelles Standortmarketing mit dem Ziel, neue Gewerbebetriebe für die Ansiedlung im Land Bremen zu gewinnen. Die Maßnahmen müssen an Firmen im niedersächsischen Umland sowie auf Unternehmen richten, die von der Nähe zu den bremischen Häfen profitieren können, weil sie ihre Produkte auf dem Seeweg in andere Länder exportieren oder Waren und Rohstoffe aus dem Ausland beziehen.
- b) Für den Neu- und Ausbau von Gewerbegebieten und Logistikzentren entlang der Verbindungsstraßen zu den Häfen sind neue Flächen zu erschließen. Wegen des nur begrenzten Raumangebotes im Land Bremen wollen wir Flächennutzungskooperationen mit den niedersächsischen Umlandgemeinden vereinbaren, was sich auf die Entwicklung der gesamten Metropolregion Nordwest positiv auswirken wird.
- c) Die Rahmenbedingungen für Unternehmen im Land Bremen sind zu verbessern, insbesondere durch verkürzte Genehmigungs- und Planungsverfahren sowie den Abbau von Bürokratie. Um das Investitionsklima im Land nicht zu gefährden, darf es keine Steuer- und Abgabenerhöhungen geben. Perspektivisch wollen wir die Gewerbe- und die Grundsteuer auf ein Niveau absenken, das dem Durchschnitt anderer Großstädte in Deutschland entspricht. Nur so lässt sich die Konkurrenzfähigkeit Bremens und Bremerhavens im Standortwettbewerb nachhaltig sichern.
- d) Die **Mittelstandsförderung** in Bremen ist neu zu beleben. Die Maßnahmen müssen vor allem darauf abzielen, die niedrige Selbständigenquote im Land zu erhöhen. Über die Bremer Aufbau Bank sind neue Finanzierungsprogramme für die Gründung, den Ausbau und die Übernahme von Betrieben aufzulegen. Im Mittelpunkt müssen dabei Firmen aus innovativen Branchen stehen, die international wettbewerbsfähige Produkte anbieten.
- e) Die Entwicklung Bremens zu einem der führenden Technologiestandorte in Deutschland ist beschleunigt fortzusetzen. Um die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern, wollen wir Gründerzentren im Umfeld der bremischen Hochschulen ausbauen.
- f) Der innerstädtische **Einzelhandel**, der sich im harten Wettbewerb mit den Einkaufszentren im Umland behaupten muss, muss gestärkt werden. Vor allem in der Bremer City weist der Einzelhandel einen im Vergleich zu anderen Großstädten geringen Flächenanteil auf. Wir wollen die Erreichbarkeit der Innenstädte für alle Verkehrsträger verbessern, also auch für das Auto. Die Vernichtung von öffentlichem Parkraum ist zu beenden. Stattdessen sollen Stellplätze bereitgestellt werden, die Besucher für einen befristeten Zeitraum kostenlos nutzen können. Eine Citymaut lehnen wir ab.
- g) Die **Bremer Umweltzone** soll abgeschafft werden. Die Umweltzone ist nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern schädigt auch die lokale Wirtschaft. Davon betroffen ist neben dem Tourismus vor allem der Einzelhandel, der Kunden an die großen Einkaufszentren im Bremer Umland verliert. Darüber hinaus wird auch Handwerk ge-

schädigt, weil sich viele Betriebe den notwendigen Kauf neuer schadstoffarmer Fahrzeuge nicht leisten können und deshalb Aufträge verlieren.

Im Ergebnis führt die Umweltzone zu Umsatzeinbußen, Arbeitsplatzverlusten und schließlich auch Steuerausfällen für die öffentliche Hand.

- h) Eine funktionierende Infrastruktur ist für Bremen von zentraler Bedeutung, um die Wettbewerbsposition gegenüber konkurrierenden Hafenstandorten in Norddeutschland und den europäischen Nachbarstaaten zu behaupten. Prognosen für das Jahr 2025 gehen davon aus, dass sich der Güterumschlag in den Häfen Bremens verdoppeln und der Containerverkehr verdreifachen wird. Sollen Kapazitätsengpässe auf den Hafengeländen sowie beim Zu- und Abflussverkehr vermieden werden, muss die Verkehrsinfrastruktur (Schiene, Straße, Wasserstraße) zügig modernisiert und ausgebaut werden (Hafenhinterlandanbindung). Von besonderer Bedeutung sind dabei die Bahnstrecke Hannover/Bremen – Hamburg (Y-Trasse), das Schienennetz in der Weser-Ems-Region, der Ausbau der A1, die Fertigstellung der A 281 sowie die baldige Realisierung der Küstenautobahn A 22, ferner die Erweiterung bzw. Vertiefung der Weser.
- i) Vor allem bei Straßenbauprojekten wie der A 281 dürfen nicht allein ökonomische Überlegungen eine Rolle spielen. Vielmehr müssen auch die berechtigten Interessen der Anwohner angemessen berücksichtigt werden.
- j) Dem Städtetourismus wird für die Zukunft ein deutliches Wachstum vorhergesagt. Dieses Potential muss Bremen im Wettbewerb mit anderen Reisedestinationen vor allem in Norddeutschland konsequent ausschöpfen. Neben dem Ausbau touristischer Attraktionen im Land muss das Marketing verstärkt werden, um das Urlaubsziel Bremen auch international bekannter zu machen und die positive Entwicklung bei den Übernachtungszahlen der letzten Jahre zu verstetigen.
- k) Abschaffung der Arbeitnehmerkammer Bremen, der heute alle abhängig Beschäftigten im Land mit Beitragspflicht angehören müssen. Die Arbeitnehmerkammer ist eine überflüssige Konkurrenz zu den aus freiwilliger Mitgliedschaft gebildeten Gewerkschaften.
- l) Klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) stellen nicht nur das Gros der Arbeits- und Ausbildungsplätze, sondern sind auch Vorreiter des technologischen Fortschritts im Land Bremen. Wir wollen einen Mittelstandsbeauftragten für das Land Bremen, der beim Senator für Wirtschaft und Häfen anzusiedeln ist und als Ansprechpartner für die mittelständische Wirtschaft fungiert.
Um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern und gleiche Bedingungen für alle Firmen im Land Bremen herzustellen, muss entschieden gegen Schwarzarbeit und die Umgehung des Mindestlohnes vorgegangen werden.

6. Finanzpolitik

Die Haushaltssituation des Bundeslandes Bremen stellt sich dramatisch dar. Die Freie Hansestadt hat Schulden in Höhe von über rund 22 Milliarden Euro angehäuft. Das sind fast 32.000

Euro pro Kopf der Bevölkerung. Damit liegt Bremen im bundesweiten Ländervergleich einsam an der Spitze. Wegen der Schuldenbremse des Grundgesetzes muss Bremen ab 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Trotz der zusätzlichen Hilfen des Bundes, die die Freie Hansestadt aus dem Bund-Länder-Finanzpakt erhält, sieht sich Bremens Finanzpolitik vor erhebliche Herausforderungen gestellt.

Dennoch kann es zur Haushaltskonsolidierung keine Alternative geben. Die Vorgaben der verfassungsrechtlich verbindlichen Schuldenbremse sind deshalb unbedingt einzuhalten. Ausgabenexzesse der öffentlichen Hand und die hemmungslose Schuldenmacherei zu Lasten künftiger Generationen, die Bremens Finanzpolitik über Jahrzehnte geprägt haben, müssen endgültig der Vergangenheit angehören!

Damit Bremen unter diesen Vorzeichen auch in Zukunft die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, um seine öffentlichen Aufgaben erfüllen und Investitionen leisten zu können, muss es - neben einem effizienten und sparsamen Einsatz der Gelder - vor allem darum gehen, die Steuereinnahmen des Landes und seiner Kommunen durch die Förderung der Wirtschaft und eine aktive Einwohnerpolitik zu erhöhen.

Davon ausgehend setzen sich die BIW für eine Finanzpolitik ein, die intelligentes Sparen mit gezielten Maßnahmen zur Steigerung der Staatseinnahmen in Bremen verknüpft.

Wir BÜRGER IN WUT fordern deshalb:

- a) Großinvestitionen der öffentlichen Hand zur Förderung der Wirtschaft sind vor Beginn der Planungsphase einer strengen Kosten-Nutzen-Analyse unter Beteiligung des Landesrechnungshofes zu unterziehen. Im Mittelpunkt müssen impulsgebende Schwerpunktinvestitionen in Zukunftsprojekte stehen, die perspektivisch Steuermehreinnahmen versprechen. Das geplante Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) lehnen wir ab, weil die Wirtschaftlichkeit dieses auch ökologisch fragwürdigen Projektes nicht gegeben ist und deshalb ein hohes Risiko für den Steuerzahler besteht.
- b) „Aktionsplan Einwohnergewinnung“, um die Bevölkerungszahl im Land Bremen zugunsten von mehr Kaufkraft und höheren Steuereinnahmen zu steigern. Das ganzheitlich angelegte Konzept soll die Bereiche Stadtentwicklung, Wohnen, Arbeit, Freizeit und Infrastruktur umfassen. Im Fokus müssen die knapp 125.000 Pendler stehen, die ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben. Eine weitere wichtige Zielgruppe muss Senioren sein, deren Zahl aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten zunehmen wird und die vermehrt in die Städte ziehen.
- c) Das Bundesland Bremen muss sich im Bundesrat für eine Reform der föderalen Steuerverteilung in Deutschland im Interesse der Stadtstaaten einsetzen. Das Lohn- und Einkommenssteueraufkommen von Pendlern, bei denen Wohn- und Arbeitsort in unterschiedlichen Bundesländern liegen, ist im Verhältnis 50:50 zwischen den beiden Ländern aufzuteilen.
Außerdem wollen wir, dass die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil der Kommunen an der Lohn-, Einkommens- und Umsatzsteuer ersetzt wird, um die Einnahmen der Städte konjunkturunabhängiger zu machen und damit zu verstetigen.

- d) Aktive Akquisition privater Zuwendungen für öffentliche Zwecke in Form von Sponsoring, Spenden, mäzenatischen Schenkungen und Werbung durch Behörden, Eigenbetriebe und Stiftungen öffentlichen Rechts der Freien Hansestadt Bremen (Verwaltungssponsoring). Mit privaten Geldern sollen vor allem teure Projekte und größere Anschaffungen finanziert werden, für die kein ausreichendes Budget vorhanden ist. Dabei kann es sich zum Beispiel um öffentliche Büchereien oder Kinderspielplätze handeln. Die Unabhängigkeit staatlichen Handelns darf durch private Zuwendungen aber nicht in Frage gestellt werden.
- e) Auf der Ausgabenseite sind die vorhandenen Haushaltsgelder effizient einzusetzen, um die anvisierten Zwecke mit geringstmöglichem Mitteleinsatz zu verwirklichen. „Mit wenig Geld viel erreichen“, so muss die Devise der bremischen Fiskalpolitik sein. Großprojekte sind realistisch zu kalkulieren, um unerwartete Mehrkosten in der Realisierungsphase und damit Risiken für die öffentliche Hand zu vermeiden.
- f) Konsequentes Vorgehen gegen **Steuer- und Sozialbetrug** im Land Bremen. Bei Betriebsprüfungen sind Umsatzsteuer-Sonderprüfungen in den Fokus zu stellen, da der Vorsteuerbetrug mehr als die Hälfte des Volumens der geschätzten Steuerverkürzung in Deutschland ausmacht.
- g) Die **bürgerliche Selbstinitiative** in Bremen ist zu stärken. Die Menschen müssen für die ehrenamtliche Wahrnehmung gemeinnütziger Aufgaben mobilisiert werden, damit sich der Staat ganz oder teilweise aus bestimmten Bereichen zurückziehen kann. Dadurch werden die öffentlichen Ausgaben gesenkt. Gleichzeitig trägt die freiwillige Bürgerarbeit dazu bei, Gemeinsinn und Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in Bremen zu fördern.
- h) Nutzen und Wirtschaftlichkeit der mehr als **200 Beteiligungen und Unterbeteiligungen** des Landes Bremen sind zu überprüfen. Sofern sinnvoll und möglich, müssen diese Beteiligungen bei günstiger Marktlage ganz oder teilweise veräußert werden. Die erzielten Verkaufserlöse sind für die Tilgung von Altschulden sowie für Zukunftsinvestitionen zur Stärkung der Bremischen Wirtschaftskraft zu verwenden. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen darf aber nicht dazu führen, dass sich die Leistungen für die Bürger qualitativ verschlechtern. Das gilt insbesondere für öffentliche Dienste und Einrichtungen der elementaren Daseinsvorsorge. Einen Verkauf von Wohnungen der Gesellschaften Gewoba, Brebau und Stäwog an private Investoren lehnen wir ab, weil nachteilige Folgen für die Mieter zu befürchten sind.
- i) Der sparsame Umgang mit den zugewiesenen Mitteln ist durch gezielte auch materielle Anreize für die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sowie ein modernes Kostenmanagement (z.B. Zero-Base-Budgeting) zu fördern. Das Betriebliche Vorschlagswesen der Bremer Verwaltung ist zu stärken, um das Ideenpotential der Mitarbeiter optimal auszuschöpfen. Das Vorschlagswesen ist intensiver zu bewerben, die Teilnahme durch attraktivere Prämien für angenommene Verbesserungsvorschläge zu fördern.
- j) Die Effizienz des öffentlichen Beschaffungswesens in Bremen muss gesteigert werden, was erhebliche Einsparpotentiale eröffnet. Um durch größere Abnahmemengen

höhere Rabatte bei den Lieferanten zu erzielen, sind Einkäufe sowohl innerhalb der Ämter als auch über Behördengrenzen hinweg zu bündeln. Es ist zu prüfen, inwieweit Bremen bei der Beschaffung mit dem Land Niedersachsen kooperieren kann. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen sachfremde politische Ziele soweit als möglich außenvor bleiben.

- k) Die Verschwendung von Steuergeldern ist konsequent zu bekämpfen. Nach Erkenntnissen des Bundes der Steuerzahler (BdSt) werden in Bremen Jahr für Jahr öffentliche Mittel in einem zweistelligen Millionenumfang vergeudet. Um solche Verluste zukünftig zu vermeiden, sind die Befugnisse des Landesrechnungshofes und der Rechnungsprüfungsämter im Land Bremen zu erweitern. Als Organe der Finanzkontrolle sind sie bereits an der Planung großer Beschaffungs- und Investitionsvorhaben zu beteiligen.
- l) Außerplanmäßige Steuermehreinnahmen z.B. aufgrund einer unerwartet positiven Konjunkturentwicklung sind ausschließlich für den Schuldenabbau zu verwenden, um die Zinsbelastung der öffentlichen Hand in Bremen zu senken.
- m) Zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft soll das Land Bremen und Bremerhaven von der Solidarumlage zur Finanzierung der Deutschen Einheit befreien.
- m) Das kreative Potential der Einwohner muss genutzt werden, um die Lebenssituation in Bremen und Bremerhaven zu verbessern und die Staatsausgaben zu reduzieren. Wir wollen ein echtes Kommunales Vorschlagswesen (KVW) in beiden Städten schaffen, das breit zu bewerben ist, damit möglichst viele Menschen daran teilnehmen. Umgesetzte Vorschläge sind zu prämiieren.

7. Bauen und Wohnen

Zu den wichtigsten Aufgaben der Bremer Politik gehört die Schaffung von Wohnraum. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Wohnungsmieten im Land für alle Einkommensgruppen und damit auch für Geringverdiener sowie Familien bezahlbar bleiben. Die Baupolitik muss dabei den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die sich aus der Kleinräumigkeit Bremens und dem fehlenden Umland ergeben. Der Wohnungsbau darf nicht zu einer unverhältnismäßigen Zerstörung von Grünflächen und damit einem Verlust an Lebensqualität in unseren Städten führen.

Wir BÜRGER IN WUT fordern deshalb:

- a) Erweiterung des Wohnungsbestandes in Bremen mittels effizienter Nutzung bereits erschlossener Flächen im Innenbereich, vorrangig durch Nachverdichtung und Umwidmung. Dazu gehören der Abriss von Altbauten und deren Ersatz durch größere Wohnhäuser, die Umwandlung von geeigneten privaten Büroimmobilien und öffentlichen Liegenschaften in Wohnraum sowie die Aufstockung zusätzlicher Etagen und der Dachgeschossausbau bei vorhandenen Wohnimmobilien.
- b) Wegen des knappen Raumangebotes müssen vermehrt mehrgeschossige Wohnblöcke

errichtet werden, um die vorhandenen Flächen möglichst optimal zu nutzen. Auch der Bau von Hochhäusern darf in Bremen kein Tabu sein. Der Gefahr von Gettobildungen in solchen Wohnanlagen ist durch ein intelligentes Quartiersmanagement entgegenzuwirken.

- c) Absenkung der teilweise überzogenen Baustandards, um die Erstellungskosten zu senken und private Investoren zu motivieren, mehr preiswerten Wohnraum für einkommensschwache Mieter zu errichten. Das Land Bremen soll sich im Bundesrat für eine Änderung der einschlägigen bundesgesetzlichen Vorschriften einsetzen.
- d) Alleinstehende Mieter und insbesondere Senioren, die in großen Mehrzimmerwohnungen leben, sollen durch geeignete Anreize veranlasst werden, freiwillig in kleinere Wohnungen umzuziehen, umso mehr Wohnraum für Familien mit Kindern zu gewinnen.
- e) Asylbewerber im laufenden Anerkennungsverfahren sowie geduldete, ausreisepflichtige Ausländer sind grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften und nicht in Wohnungen unterzubringen. Dadurch wird die Nachfrage im unteren Mietpreissegment gedämpft.
- f) Innerstädtische Grünflächen sind zu erhalten, um die Lebensqualität der Einwohner zu sichern. Auf die Bebauung von Stadtwerder ist dauerhaft zu verzichten. Bremen und Bremerhaven müssen auch ökologisch lebenswerte Städte bleiben, um für ihre Bewohner attraktiv zu sein und die Abwanderung ins niedersächsische Umland zu verhindern.

8. Verkehrspolitik

Wir BÜRGER IN WUT wollen für das Land Bremen ein integriertes Verkehrskonzept, das den Wunsch nach individueller Mobilität mit den Erfordernissen der Wirtschaft und dem Schutz der Umwelt zu einem vernünftigen Ausgleich bringt. Wir wenden uns gegen die Versuche des rot-grünen Senats, den motorisierten Individualverkehr zum Sündenbock zu stempeln und Autofahrer mit immer neuen Beschränkungen zu drangsalieren. Der ökologisch wünschenswerte Umstieg auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist aus Kapazitätsgründen nur begrenzt möglich und lässt sich schon aus diesem Grund nicht erzwingen.

Wir BÜRGER IN WUT vertreten deshalb folgende Positionen in der Verkehrspolitik:

- a) Das Shared-Space-Konzept, also die gemeinsame Nutzung des öffentlichen Raums ohne Beschilderung und andere Regeln durch alle Verkehrsteilnehmer, ist für Großstädte wie Bremen und Bremerhaven wegen des hohen Verkehrsaufkommens ungeeignet. Stattdessen wollen wir mehr verkehrsberuhigte Zonen in Wohngebieten, in denen wildes Parken durch gezielte Verbote verhindert werden muss. Im Gegenzug sind dezentral zusätzliche Sammelparkflächen einzurichten.

- b) Bedarfsgerechter Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) in Bremerhaven. Die Fahrpreise sind so zu gestalten, dass regelmäßige Nutzer begünstigt werden, um den dauerhaften Umstieg vom motorisierten Individualverkehr aus dem Bus zu fördern.
- c) Der Straßenzustand in Bremen und Bremerhaven muss durch nachhaltige Instandhaltungsmaßnahmen verbessert werden. Das bloße Reparieren von Schlaglöchern ist nicht ausreichend. Im Interesse des Lärmschutzes der Anwohner und zur Förderung des Radverkehrs sind Kopfsteinpflaster zügig durch Asphaltbelag zu ersetzen.
- d) Das Radwegenetz soll modernisiert und ausgebaut werden. Radfahrer brauchen im Interesse ihrer Sicherheit einen eigenen Fahrweg auf der Straße.
- e) Tempo 30-Zonen zur Verkehrsberuhigung darf es nur in Wohngebieten, aber nicht auf Haupt- bzw. Durchgangsstraßen geben, um den Verkehrsfluss nicht zu behindern.
- f) „Grüne Welle“ auch unter Einbeziehung der Fußgängerampeln auf allen Hauptstraßen, um den Verkehrsfluss in den Innenstädten zu verstetigen, Staus zu verhindern und die Abgasbelastung zu senken. Lichtsignalanlagen sind sparsam einzusetzen, nicht jeder Zebrastreifen braucht eine Ampel. Auf den Hauptstraßen sind Haltestellenbuchten für Busse anzulegen.
- g) Die Ampelfreischaltung für Bus und Straßenbahn muss besser mit dem motorisierten Individualverkehr abgestimmt werden. Rückstauungen von Kraftfahrzeugen an Ampeln, die auch zu einer steigenden Immissionsbelastung vor allem in den Innenstädten führen, sind zu vermeiden.
- h) Ampelkreuzungen müssen, wenn immer möglich durch Kreisverkehre ersetzt werden. Wo Ampeln erforderlich sind, ist vermehrt der „**Grüne Pfeil**“ für Rechtabbieger zum Einsatz zu bringen.
- i) Kein generelles Tempolimit auf den dreispurigen Autobahnen A1 und A 27. Die bessere Alternative ist eine elektronische Geschwindigkeitsregelung, die in Abhängigkeit vom Verkehrsaufkommen, den Witterungsverhältnissen und der Tageszeit flexibel gesteuert wird. Ansonsten darf es Tempobegrenzungen nur dort geben, wo sie aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendig und sinnvoll sind. Das gilt insbesondere im Umfeld von Schulen und Kindergärten. Hier soll Tempo 30 gelten. Außerdem sind Zebrastreifen anzulegen oder Fußgängerampeln zu installieren, um Kindern das gefahrlose Überqueren der Straße zu ermöglichen.
- j) Der Lkw-Durchgangsverkehr muss durch entsprechende Zufahrtsbeschränkungen aus Wohngebieten ferngehalten und auf Umgehungsstraßen verwiesen werden.
- k) Maßnahmen der Verkehrsüberwachung wie Geschwindigkeitskontrollen haben ausschließlich der Verkehrssicherheit zu dienen. Sie dürfen nicht als zusätzliche Einnahmequelle für die Kommunen missbraucht werden. Deshalb sind Radarkontrollen nur an verkehrsgefährdeten bzw. unfallträchtigen Stellen durchzuführen.

9. Umwelt und Tierschutz

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Schutz von Tieren und Pflanzen haben für BÜRGER IN WUT einen hohen politischen Stellenwert. Auch wenn die Bewahrung der Umwelt eine globale Aufgabe ist, muss praktische Umweltpolitik auf dezentraler Ebene und damit in den Ländern und Kommunen beginnen. Eine Umwelthysterie, wie sie von Teilen der politischen Linken und hier vor allem den Grünen z.B. in der Klimadebatte betrieben wird, lehnen wir aber ab.

Unser besonderes Augenmerk gilt dem Schutz von Tieren, die als Mitgeschöpfe zu respektieren sind. Der Tierschutz, schon seit 1999 als Staatsziel in der Bremischen Verfassung verankert, muss endlich mit Leben erfüllt werden.

Wir BÜRGER IN WUT fordern:

- a) Keine Tierversuche im Land Bremen! Wir setzen uns insbesondere für ein Verbot der neurologischen Experimente mit Affen an der Universität Bremen ein. Stattdessen sind tierversuchsfreie Forschungsverfahren zu fördern.
- b) Ehrenamtlicher Tierschutzbeauftragter mit umfassenden Kontroll-, Interventions- und Initiativrechten auf Landesebene, der beim Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales anzusiedeln ist. Der Tierschutzbeauftragte hat der Bürgerschaft einen jährlichen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit vorzulegen.
- c) Die Taubenpopulation in der City ist durch das Aufstellen von betreuten Taubenschlägen am Stadtrand tierschutzgerecht zu regulieren. Gleichzeitig muss das Fütterungsverbot für Tauben in der Innenstadt durchgesetzt werden.
- d) Der Transport von Tieren im Land Bremen sowie das Be- und Entladen auf Schlachthöfen ist verstärkt zu kontrollieren, um die Einhaltung der veterinärrechtlichen Bestimmungen zu gewährleisten und ein unnötiges Leiden der Schlachttiere zu vermeiden.
- e) Zirkusse und Schaustellerbetriebe, die im Land Bremen gastieren, sind strenger zu kontrollieren, um die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorschriften zu gewährleisten.
- f) Mehr Auslaufflächen für Hunde im Stadtgebiet von Bremen, wo sich die Tiere ohne Leine bewegen dürfen. In Bremerhaven sind die bereits vorhandenen Areale auszubauen, die Ausweitung des Leinenzwangs im Stadtgebiet zurückzunehmen.
- g) Novellierung des Bremischen Hundehaltergesetzes, das sich inhaltlich am Niedersächsischen Gesetz über das Halten von Hunden orientieren soll. Insbesondere ist die Liste angeblich gefährlicher Hunde in § 1 Abs. 3 HundeHG zu streichen, mit den bestimmten Hunderassen unter Pauschalverdacht gestellt werden, ohne den Charakter bzw. das Verhalten eines einzelnen Tieres zu berücksichtigen.
Die Hundesteuer wollen wir abschaffen, weil diese Abgabe veraltet und ungerecht ist, da sie einseitig die Besitzer einer Tierart belastet und sich als Lenkungssteuer nicht bewährt hat.

+++

Wählerversammlung BÜRGER IN WUT
Ludwigstraße 20
D-27570 Bremerhaven
Tel: 0471 – 48 16 81 09
Fax: 0471 - 48 14 80 73
E-Mail: info@biw-bremen.de

© 2019. BÜRGER IN WUT, Bremen. Alle Rechte vorbehalten. All rights reserved.